



Fortschreibung des Niedriglohnsektors

Ina Leukefeld, LINKE Arbeitsmarktpolitikerin, zur „Wartburger Erklärung“ von CDU/CSU

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit trafen sich am 15. und 16. Juni 2014 die wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktionen von CDU und CSU in Eisenach. Am Ende des Treffens publizierten sie eine „Wartburger Erklärung“, in deren Mittelpunkt vor allem eines stand: die Fortschreibung des Niedriglohnsektors. Nichts anderes bedeutet nämlich die dort formulierte lange Reihe von Forderungen nach Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn.

Wir erinnern uns: Schon jetzt enthält der Vorschlag der Großen Koalition den Ausschluss aller Menschen unter 18 Jahre vom Mindestlohn sowie eine Mindestlohnsperre für Langzeitarbeitslose für die ersten sechs Monate einer Beschäftigung. Zudem kommt der Mindestlohn für wirklich alle erst ab 2017 und verharzt bis 2018 bei 8,50 Euro. Also einem Wert, der weder vor Altersarmut schützt, noch das unselige Aufstocken mit Hartz IV beenden wird, wie das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit nachgewiesen hat.

Dennoch profitieren nach Einschätzung des DGB Hessen-Thüringen vom vorgeschlagenen Mindestlohnmodell allein in Thüringen 270.000 Menschen. Erst am 24. Juni hatte das Statistische Bundesamt veröffentlicht, dass Thüringen bundesweit noch immer die niedrigsten Durchschnittslöhne vorzuweisen hat. Dies alles ist für die CDU/CSU kein Grund, immer mehr Menschen

vom Mindestlohn ausschließen zu wollen. Ginge es nach der „Wartburger Erklärung“, soll der Mindestlohn erst ab 21 Jahren greifen, PraktikantInnen, ZeitungsträgerInnen, SaisonarbeiterInnen, TaxifahrerInnen sollen den Mindestlohn gar nicht bekommen.

Für DIE LINKE hingegen steht fest: Würde kennt keine Ausnahmen und eine solche skandalöse Forderung seitens auch der Thüringer CDU darf nicht unwidersprochen bleiben. Deshalb stand unsere Aktuelle Stunde im Thüringer Landtag am 25. Juni unter dem Titel „Gute Löhne in Thüringen stärken – Schluss mit der Niedriglohnstrategie“. Denn: Was die CDU mit den vielen, vielen Ausnahmen beim Mindestlohn bezweckt, ist im Endeffekt dasselbe, was viele Thüringerinnen und Thüringer über Jahre unter der CDU-Herrschaft ertragen mussten – eine neue Form der Niedriglohnstrategie.

Nur 20 Prozent der Thüringer Unternehmen sind tarifgebunden

Die Ergebnisse dieser langjährigen Niedriglohnstrategie können wir noch heute „bewundern“: 35 Prozent aller Menschen im Hartz IV-System in Thüringen sind Aufstockerinnen und Aufstocker. 10.000 Menschen müssen in Thüringen trotz Vollzeitjob zum Jobcenter gehen, um über die Runden zu kommen. Die Tarifbindung der Thüringer Unternehmen ist weiter im Sinkflug und liegt inzwischen gerade mal bei 20

Prozent. 34 Prozent aller Thüringer Beschäftigungsverhältnisse sind prekär. Danke, CDU!

Wenn Sie mich fragen, unter alldem hat Thüringen nun wirklich lang genug gelitten. Und wenn der CDU als Reaktion auf den wenig geliebten Mindestlohn nur noch das alte Lied vom Niedriglohnsektor einfällt, dann sollte sie sich dringend in der Opposition erholen. Da kommen einem nämlich viele gute Ideen!

So sind wir als Linksfraktion schon lange der Auffassung, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Standards für Gute Arbeit gebunden werden sollte, und dass es gilt, eine faire Entlohnung von Praktikantinnen und Praktikanten in der Landesverwaltung durchzusetzen.

Wir werden auch dafür kämpfen, dass es mit der Einführung des Mindestlohns zum 1. Januar 2015 eine anonyme Hotline gibt, unter der sich Beschäftigte beschweren können, sofern ihre Unternehmen die gesetzlichen Vorgaben des Mindestlohns unterlaufen. Das ist für uns ein wesentlicher Schritt, um Beschäftigte zu stärken und die Unternehmen zu schützen, die anständige Löhne zahlen wollen und durch die Billigkonkurrenz kaputt gemacht werden.

Eines kann ich Ihnen versprechen: Auch nach dem 1. Januar 2015 geht unser Kampf für einen existenzsichernden Mindestlohn von mindestens 10 Euro pro Stunde und ohne Ausnahmen auf der Bundesebene weiter. ■

KOMMENTIERT:

von Mike Huster

Verzockt: Casino Erfurt

Wir begrüßen die angekündigte Schließung des Erfurter Casinos. Dieser hochsubventionierte Unsinn, den wir dem Spieltrieb einer alleinregierenden CDU vor allem in den Jahren 1999 bis 2009 zu verdanken haben, wird endlich beendet, und wir sind froh, dass dieses Zocken mit Steuergeldern aufhört.

Denn die Kehrseite solcher CDU-Prestigeprojekte sind hohe Schulden und hohe Zinszahlungen des Landes, die unsere derzeitigen und künftigen finanziellen Spielräume mindern. Seit langem fordern wir, dass es keine neue Konzession nach 2014 geben soll, und es ist gut, wenn die Landesregierung nun auch zu dieser Einsicht kommt. Ich erinnere an die unrühmliche Rolle, die das Casino in einem Untersuchungsausschuss in der 4. Legislatur des Landtags spielte. Ich erinnere daran, dass der damalige Finanzminister unter Missachtung des Parlaments eine harte Patronatserklärung zugunsten des Betriebs ohne haushaltsrechtliche Grundlage abgegeben hat. Damit wurden die hohen Mietzahlungen für zehn Jahre vom Land abgesichert. Netto fast 20.000 Euro im Monat. Fördermittel in Millionenhöhe flossen, während sich die finanziellen Erwartungen an die Spielbank nie erfüllt haben.

Bei der Beratung des Thüringer Spielbankgesetzes sagte am 21.10.1993 der damalige Innenminister Schuster (CDU): „Ein solches Gesetz hat natürlich auch eine weitere Triebfeder, nämlich die, dass Spielbanken traditionelle Einnahmequellen des Staates sind. Dies wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass eine mittelgroße Spielbank heute etwas 20 bis 30 Millionen DM jährlich an Gewinnen abwirft.“ Die Realität zeigte: Gerade mal ein Zehntel der versprochenen Mittel kamen im Landeshaushalt an. Die Spielbank konnte nur durch staatliche Subventionen betrieben werden. Sobald es kein Geld mehr vom Staat gibt, macht der Betreiber den Laden dicht. Wieder einmal wird klar, wie die CDU mit dem Geld der Steuerzahler umging. Sie haben sich verzockt. Und dabei wäre Geld in vielen anderen Bereichen wirklich nötig gewesen und ist weiter nötig: für die Thüringer Kommunen, für Investitionen in Schulen, in unsere Kultur oder in Sporteinrichtungen. Dafür reicht allerdings die Schließung der Spielbank nicht aus, dafür braucht es einen Politikwechsel in Thüringen.

Aus der Landtagsrede v. 25. Juni ■

AKTUELL 20 Jahre Thüringer Gebietsreform

„Auch 20 Jahre nach der Thüringer Gebietsreform sind die Folgen ihrer Halbherzigkeit mehr als offensichtlich, ohne dass CDU und SPD zur Korrektur und Fortsetzung derzeit bereit sind“, so hatte der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Frank Kuschel, mit Blick auf den Jahrestag der 1. Kreisreform in Thüringen nach der Wende am 1. Juli 1994 kritisiert.

Die Notwendigkeit einer weiteren Funktional- und Verwaltungsreform wird zwar allgemein anerkannt, aber nur DIE LINKE hat hierfür seit Jahren konkrete Diskussionsangebote. „Der Hauptmangel der Reform vor 20 Jahren war die Zementierung des dreistufigen Verwaltungsaufbaus, mit ei-

nen völlig undurchsichtigem Geflecht einer Vielzahl von Landesmittelbehörden“, so der Abgeordnete weiter. Aus Sicht der LINKEN ist diese Verwaltungsstruktur nicht mehr zeitgemäß. Deshalb müssen diese Mittelbehörden schrittweise aufgelöst und deren Aufgaben im Regelfall kommunalisiert werden. Das Landesverwaltungsamt müsse abgeschafft werden. „Dies setzt leistungsstarke kommunale Strukturen voraus“, stellte der Linkspolitiker klar.

„Der Status der kreisfreien Städte Suhl und Eisenach ist dauerhaft nicht finanzierbar. Und wenn von den rund 840 Gemeinden nahezu 600 weniger als 1.000 Einwohner haben, ist dies auch nicht zukunftsfähig.“ Eine über große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Wirtschaft und Sozialverbände sehen die Notwendig-

keit von Strukturveränderungen und tragen diese mit. „Diese Bereitschaft der Öffentlichkeit darf nicht leichtfertig durch Nichthandeln aufs Spiel gesetzt werden“, betonte Frank Kuschel.

CDU-Fraktionschef Mike Mohring hatte gegenüber dem MDR erklärt, mit der Zusammenlegung von ursprünglich 35 zu 17 Landkreisen seien leistungsfähige Verwaltungseinheiten entstanden, aber auch Verletzungen, die bis heute nicht verheilt seien. An den damals mühevoll gefundenen Lösungen werde die CDU nicht rütteln.

„Spätestens nach der Landtagswahl am 14. September wird das Thema wieder auf der Tagesordnung stehen. Ob dann die CDU notwendige Veränderungen weiter blockieren kann, entscheiden die Wähler“, sagte Frank Kuschel. ■